

Landespressekonferenz am 01. August 2022

GEW NRW zum Beginn des Schul- und Kindergartenjahres 2022/23

Sprechzettel Ayla Çelik, Landesvorsitzende GEW NRW

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlichen Dank für die Einladung. Es freut mich sehr, dass ich Ihnen unsere Sicht auf das kommende Schul- und Kindergartenjahr vorstellen darf.

Lassen Sie mich eins vorweg schicken: Die letzten drei Pandemiejahre haben sicherlich uns allen viel abverlangt. Doch wenn jemand dafür verantwortlich ist, dass wir es bisher durch die Pandemie geschafft haben und dabei die Bildung nicht völlig unter die Räder gekommen ist, dann waren das die Beschäftigten in den Bildungseinrichtungen! Der Erfolg jeder einzelnen Kita und Schule bei der Pandemiebewältigung fußt auf der Bereitschaft der Beschäftigten, auf dem unermüdlichen Einsatz von Schulleitungen, Lehrerkollegien, Erzieher*innen, städtischen Angestellten und dem Reinigungspersonal. Trotz Hürden des Systems – trotz kurzfristiger Kurswechsel und immer neuer Aufgaben – sind sie über ihre Belastungsgrenze hinausgegangen und haben Bildung möglich gemacht. Für diese Leistung kann ich nur sagen: Danke! Natürlich gilt mein Dank auch den Schülerinnen und Schülern und deren Eltern, die in der belastenden Situation die schulische Arbeit unterstützt, mitgetragen und Verantwortung übernommen haben.

Nun zu unserer Sicht auf das kommende Schul- und Kindergartenjahr: Hier beziehe ich mich natürlich auch auf die Pressekonferenzen der Schul- und der Familienministerin in der vergangenen Woche. Vorneweg möchte ich den Kommunikationsstil der beiden Ministerinnen positiv hervorheben. Und es freut mich, dass viele unserer Anregungen aufgegriffen wurden.

Aber es ist leider dennoch so, dass Schule und Kita aktuell nicht krisensicher sind. Schule und Kita sehen sich gleichen Grundproblemen gegenüber: Sie sind absolut unzureichend ausgestattet und leiden unter gravierendem Fachkräftemangel. Beide Bereiche sind auf Kante genäht – zum Schaden der Kinder und Jugendlichen, der Lehrkräfte und Erzieher*innen. Der vor wenigen Wochen vorgestellte Kurzbericht des IQB zeigt: Vielen Viertklässler*innen in NRW fehlt es an Kompetenzen beim Rechnen und Lesen. Kompetenzen, die grundlegend sind für eine erfolgreiche Bildungskarriere. Das ist nicht allein Corona geschuldet, sondern der sozialen Schieflage im Bildungssystem. Betrachtet man die Ergebnisse der Studie genauer, so wird deutlich, dass im Kern erneut ein dramatischer Mangel an Gerechtigkeit in unserem Schul- und Bildungssystem bewiesen wurde. Denn besonders Schüler*innen aus sozio-ökonomisch schlechter gestellten Haushalten sind betroffen.

Daher ist es richtig, dass beide Ministerinnen in der letzten Woche die Wichtigkeit von Chancengleichheit in der Bildung betont haben. Dieser Befund muss offen kommuniziert werden, aber vor allem ist konkretes, schnelles und entschiedenes Handeln erforderlich, um endlich gegenzusteuern. Eine vergleichbare Zielvorgabe hat im Übrigen auch Ministerin Gebauer 2017 für ihre Politik formuliert, im Ergebnis ist die soziale Schieflage heute größer.

Die politisch Verantwortlichen sind in der Pflicht, den Beschäftigten die Instrumente und Ressourcen zur Verfügung zu stellen, die sie brauchen, um ihren Erziehungs- und Bildungsauftrag bestmöglich erfüllen zu können. Angesichts der gesellschaftlichen Herausforderungen wird unser Bildungssystem von der Politik allein gelassen. Nicht nur die Komplexität und die Quantität der Aufgaben nimmt ständig zu, sondern auch die Zahl an Kinder und Jugendlichen an den Schulen und Kitas in NRW steigt stetig an – man denke nur an die geflüchteten Kinder und Jugendlichen – und das bei immer weniger Lehr- und Fachkräften.

Voraussetzung für mehr Chancengleichheit in der Bildung sind gut ausgebildete Fachkräfte – in der Kita und der Schule. Fachkräftemangel führt dagegen zu verpassten Bildungschancen. Ein Industrieland in der Transformation kann es sich einfach nicht mehr erlauben, dass wir jedes Jahr rund 4.000 Schüler*innen ohne Abschluss aus der Schule entlassen.

Sie alle kennen die Zahlen zu fehlenden Lehrkräften. In NRW fehlen rund 4.400 Lehrkräfte, davon rund 2.000 an den Grundschulen. Das zeigt zum einen den gravierenden Mangel. Es zeigt aber auch eine Fehlsteuerung, weil der Mangel dort am größten ist, wo schlechter bezahlt wird. Darauf haben wir als GEW mit unserer Kampagne „JA 13“ seit Jahren hingewiesen. „A 13 für alle“ ist nicht nur verfassungsmäßig geboten, sondern auch eine wichtige Stellschraube gegen den Fachkräftemangel.

Es ist ein großer gewerkschaftlicher Erfolg, dass die Politik das endlich anerkannt hat. Schwarz-Grün hat zugesagt, „A 13 für alle“ in den ersten 100 Tagen umzusetzen. Ministerin Feller hat das ebenfalls betont. Gewerkschaft wirkt! Der Countdown läuft – ich verweise hier gerne auf unsere Homepage – und ein Drittel der Zeitspanne ist vergangen. Es wird aber auf die konkrete Umsetzung ankommen. Ich war schon davon ausgegangen, dass Ministerin Feller etwas mehr zu sagen hat, als die Ankündigung, sie käme gerne wieder, wenn zentrale Fragen in der Koalition geklärt wären. Um es klar zu sagen: Es ist für uns nicht einzusehen, dass es überhaupt einen Stufenplan braucht. Aber wir erkennen das ehrliche Bemühen, endlich zu einer verfassungsgemäßen Besoldung in NRW zu kommen. Schwarz-Grün darf diesen Hoffnungsimpuls nicht durch einen langgestreckten Stufenplan zunichtemachen. Ein Stufenplan, der die gesamte Legislaturperiode umfasst, wäre für uns untragbar. Und wenn es schon unbedingt einen Stufenplan braucht, was wir nicht nachvollziehen können, dann muss er spätestens bis zur Mitte der Legislatur umgesetzt sein.

Dabei darf es natürlich nicht bleiben. Die Politik muss mit einer Attraktivitätsoffensive dafür sorgen, dass sich mehr Menschen für den Beruf als Lehrkraft entscheiden und Abgänge verhindern. Wir müssen die Arbeitsbedingungen nachhaltig verbessern. Vor allem muss es um eines gehen: Entlastung, Entlastung, Entlastung. Dazu gab es leider keine konkreten Aussagen von Ministerin Feller. Schnelles Handeln ist allerdings geboten. Das Schulbarometer liefert bundesweite Eindrücke: 60 Prozent der befragten Lehrkräfte können sich in der Freizeit nicht richtig erholen und 13 Prozent planen, ihren Unterrichtsumfang zu reduzieren. In NRW sieht es nicht besser aus. Eine Verschlankung curricularer Vorgaben wäre eine schnelle und einfache Möglichkeit, Druck aus dem System zu nehmen.

Und Entlastung ist auch bei Lehrkräftemangel möglich. Dringend angezeigt sind Unterstützungen durch multiprofessionelle Teams, Verwaltungsassistenzen und IT-Fachleute. Schwarz-Grün hat das im Koalitionsvertrag angekündigt. Jetzt bleibt keine Zeit zu verlieren. Eine umfassende Bewertung des Koalitionsvertrags aus Sicht der GEW NRW finden Sie in der Pressemappe. Um aber eine Sache zu betonen: Aufwertung, Attraktivitätssteigerung, Fachkräfteoffensive, Auflösen des Investitionsstaus – all das verlangt nach tatkräftigen Investitionen in Bildung. Schwarz-Grün darf die Schuldenbremse nicht

zur Zukunfts- und Chancenbremse junger Menschen werden lassen. Die Landesregierung muss die Investitionen massiv steigern, sich bundesweit für eine Neuordnung der Bildungsfinanzierung einsetzen und das Angebot der Schulträger aufgreifen, das System der Schulfinanzierung in NRW grundlegend zu reformieren.

Entlastungen brauchen auch die Erzieher*innen. Fachkräfte fehlen und die Belastungen sind hoch; Zahlen zu den Belastungen finden Sie in der Pressemappe. Deshalb freue ich mich, dass Ministerin Paul die Baustellen erkannt hat: Dringliche Engagement gegen den Fachkräftemangel, Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Ausbau von Ausbildungs- und Betreuungsplätzen – all das ist wesentlich. Kurzfristige Entlastung bringt die Weiterführung der Alltagshelfer*innen. Was die konkrete Ausgestaltung anbelangt, steht die Landesregierung noch sehr am Anfang und muss nun zügig aktiv werden.

Für die Chancengleichheit wichtige Aspekte, wie das weitere beitragsfreie Kita-Jahr und die Neuregelung der Kitaverpflegung, dürfen nicht auf die lange Bank geschoben werden. Schade, dass Ministerin Paul hier ähnlich verträsten musste, wie Ministerin Feller bei der Lehrerbesoldung. Und mit Blick auf die Folgen der Corona-Pandemie und die geflüchteten Kinder aus der Ukraine muss Schwarz-Grün dafür sorgen, dass das wichtige und gute Bundesprogramm „Sprach-Kitas“ weitergeführt wird.

In einer Pressekonferenz vor dem Schuljahr 2022/23 muss leider erneut die Pandemie Thema sein. Sie wirkt weiter als Krisenverstärkerin. Die Vermeidung von hohen Infektionszahlen ist nun nicht nur eine Frage des Arbeits- und Gesundheitsschutzes oder der Überlastung des Gesundheitssystems. Es geht auch um eine verlässliche und sichere Bildung. Steigen die Infektionszahlen auch bei den Fachkräften zu sehr an, ist ein angemessener Schul- und Kitabetrieb gefährdet. Kitas schränken bereits ihre Öffnungszeiten ein. Deshalb ist ein konsequentes Pandemiemanagement unverzichtbar. Wir brauchen sichere und verlässliche Präsenz. Gelingt das nicht, zahlen Kinder und Jugendliche durch geringere Bildungschancen und höhere Belastungen den Preis.

Zu begrüßen sind daher der Corona-Koordinierungsstab und die frühzeitige Kommunikation. Wir alle wissen nicht, was der Herbst bringen wird. Deshalb muss sich Schwarz-Grün auf Bundesebene für eine Anpassung des Infektionsschutzgesetzes einsetzen, um Handlungsmöglichkeiten zu schaffen.

Schulen beim Umgang mit der Pandemie „Beinfreiheit“ einzuräumen, ist richtig. Um Eigenverantwortung wahrzunehmen, sind aber Leitplanken, Mittel und Instrumente nötig. Es fehlt ein echtes Rahmenkonzept zur Orientierung. Schulen in herausfordernden Lagen, Schulen, die mit schlechter Ausstattung und Lehrkräftemangel kämpfen, haben wenig Spielraum. Es ist zudem zu bezweifeln, dass mit diesem Konzept adäquat auf stark steigende Krankheitsfälle reagiert werden kann. Wie die beiden Kernprämissen der Ministerin – keine Schulschließung und dabei keine Anpassung der Stundentafel – mit den auch von der Ministerin erwarteten vielen Krankheitsfällen unter Lehrkräften vereinbar sein werden, bleibt ein Rätsel. Das allein in die Verantwortung der Schulen zu geben, ist schlicht zu wenig. Hier muss die Ministerin vermutlich im Herbst oder Winter nachsteuern.

Schüler*innen einen Test „nahezulegen“, wenn Symptome auftreten, ist für Lehrkräfte eine Gradwanderung. Sie haben keine medizinische Ausbildung. Sie sollen und müssen nicht den Gesundheitszustand von Schüler*innen beurteilen. Dazu kommt: Ein „Nahlegen“ kann schnell als Druck oder Manipulation interpretiert werden. Jenseits der rein praktischen Umsetzungsfragen, bringt diese Regelung Unsicherheit und ist nicht praktikabel.

Auch in den Kitas werden die Corona-Schutzmaßnahmen bei dem chronischen Fachkräftemangel nicht reichen, um Einschränkungen bei Betreuungszeiten zu vermeiden, wenn auch hier mehr Tests zur Verfügung gestellt werden. Mit Sorge sehen wir auch hier, dass die Erziehungspartnerschaft zwischen Erzieher*innen, Kindern und ihren Eltern, durch die aktuellen Regeln eine weitere Belastung erfahren könnte.

Generell: Alle müssen wissen, dass eine Strategie rein anlassbezogenen Testens riskant ist, um über die kalte Jahreszeit zu kommen. Die nur mit leichten Symptomen oder völlig asymptomatisch Erkrankten bleiben so unentdeckt. So werden aber weiterhin viele andere erkranken und ausfallen. Es bleibt dabei auf die Einsicht und das Verantwortungsbewusstsein von Lehrkräften und Schüler*innen zu setzen, sich und andere durch das Tragen von Masken zu schützen. Verantwortung haben Lehrkräfte und Schüler*innen schon im Frühjahr bewiesen; mithin bleibt die Hoffnung bestehen. Allein darauf zu setzen, wird nicht genügen. Dass das Land NRW in dieser Situation die Förderkriterien für Luftfilteranlagen als zusätzliche Sicherheit ergänzend zum Lüften nicht ausweitet, ist enttäuschend. An dieser Stelle hätten wir uns für sichere Bildung mehr Anstrengungen erhofft.

Lassen sie mich abschließend sagen: Wichtig ist bei allen positiven Signalen zur Kommunikation nur eines: Wie die Politik konkret für bessere Bildung und Chancengleichheit sorgen wird. Wie so häufig haben wir kein Erkenntnisdefizit, sondern ein Handlungsdefizit. Das muss sich mit der neuen Regierung ändern. Im Kern geht es um zwei Fragen: Wie werden wir besser? Oder genauer: Wie überwinden wir die soziale Schieflage, die für schlechte Bildungschancen sorgt? Und wie kommen wir zu einer Politik, die endlich mehr in Bildung investiert, um den Fachkräftemangel und die schlechte Ausstattung zu adressieren? Die Lage ist schlecht, das zeigt auch die IQB-Studie, da gibt es nichts schönzureden. Wenn sich nichts Gravierendes ändert, können wir im nächsten Jahr an dieser Stelle wieder nur die schlechte Situation beklagen. Wir erwarten von Schwarz-Grün nichts weniger als eine Trendwende in der Bildungspolitik. Es gibt keine Zeit zu verlieren.

Und nun freue ich mich sehr auf Ihre Fragen.

Herzlichen Dank.

Pressemitteilung

Zügiges Handeln bei Besoldung und Fachkräftemangel nötig Bildungsgewerkschaft zum Start des Schul- und Kitajahres

Die Vorsitzende der Bildungsgewerkschaft GEW NRW, Ayla Çelik, mahnte in der Landespressekonferenz zum Start des Schul- und Kindergartenjahres, entschlossenes Handeln der Landesregierung an: „Wir haben kein Erkenntnis-, sondern ein Handlungsdefizit. Das muss sich mit der neuen Regierung ändern. Wir erwarten von Schwarz-Grün nichts weniger als eine Trendwende in der Bildungspolitik. Dazu braucht es schnelles und entschlossenes Handeln.“

Die Zusage A13 in den ersten 100 Tagen der neuen Regierung umzusetzen, sei ein großer gewerkschaftlicher Erfolg, so Çelik. Einem Stufenplan zur Einführung erteilte die GEW NRW-Vorsitzende eine Absage: „Es ist für uns nicht einzusehen, dass es überhaupt einen Stufenplan braucht. Schwarz-Grün darf diesen Hoffnungsimpuls nicht durch einen langgestreckten Plan zunichte machen.“ Gleichwohl erkenne man das ehrliche Bemühen, endlich eine verfassungsmäßigen Besoldung umzusetzen. Wenn es schon einen Stufenplan brauche, dann müsse er spätestens bis zur Mitte der Legislatur abgeschlossen sein.

Der Politik- und Kommunikationsstil der neuen Landesregierung sei ein Fortschritt, lobte die Gewerkschafterin. Ebenso die Erkenntnis, dass NRW endlich für Chancengleichheit in der Bildung sorgen müsse. Mit Blick auf den Schul- und Kitabereich forderte Çelik eine umfassende und nachhaltige Steigerung der Bildungsinvestitionen: „Schwarz-Grün darf die Schuldenbremse nicht zur Zukunfts- und Chancenbremse junger Menschen werden lassen.“

Chancengleichheit sei vor allem mit ausreichenden und gut ausgebildeten Fachkräften zu erreichen, betonte Çelik. Der Kurzbericht des IQB habe erst kürzlich deutlich gemacht, wie sehr es vielen Viertklässler*innen an grundlegenden Kompetenzen mangle. „Im Kern ist erneut ein dramatischer Mangel an Gerechtigkeit im Bildungssystem bewiesen worden. Denn besonders Schüler*innen aus sozio-ökonomisch schlechter gestellten Haushalten sind betroffen.“ Die beste Chance seien dann gut ausgebildete Fachkräfte in Kita und Schule. „Fachkräftemangel führt zu verpassten Bildungschancen.“ Die Landesregierung müsse schnell Entlastungen schaffen, beispielsweise durch Verwaltungsassistenzen oder die Verschlinkung curricularer Vorgaben, um mehr Zeit für die pädagogische Arbeit zu schaffen. Der Arbeitsplatz Schule und Kita müsse dringend attraktiver werden. Konkrete Maßnahmen zu zeitnahen Entlastungen im Schulbereich habe Bildungsministerin Feller aber vermissen lassen, kritisierte die Gewerkschafterin.

Die GEW NRW-Vorsitzende mahnte, Corona wirke weiter als Krisenverstärker. Stiegen die Krankheitszahlen unter den Fachkräften zu sehr an, sei ein angemessener Bildungsbetrieb gefährdet. „Wir brauchen sichere und verlässliche Präsenz. Gelingt das nicht, zahlen Kinder und Jugendliche durch geringere Bildungschancen und höhere Belastungen den Preis.“ Schulen Beinfreiheit einzuräumen, genüge nicht, mahnte die Gewerkschafterin. „Wie die beiden Kernprämissen der Bildungsministerin – keine Schulschließungen und keine

Anpassung der Stundentafel – mit den auch vom Ministerium erwarteten vielen Krankheitsfällen vereinbar sein werden, bleibt ein Rätsel.“ Es fehle ein echtes Rahmenkonzept zur Orientierung, es fehlten Mittel, Fachkräfte und Instrumente, um gut durch Herbst und Winter zu kommen. Die Vorsitzende der Bildungsgewerkschaft forderte die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für eine Anpassung des Infektionsschutzgesetzes einzusetzen, um die Handlungsspielräume für Kita und Schule zu vergrößern.

Faktenblatt zur Landespressekonferenz am 01. August 2022

SCHULE

Kurzbericht Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB)

- Fast ein Fünftel der Viertklässler*innen erreicht nicht den Mindeststandard in Deutsch (18,8 % beim Lesen, 18,3 % beim Zuhören),
- Fast ein Drittel (30,4 %) erreichen nicht den Mindeststandard in Orthografie
- Fast ein Viertel (22,4%) erreichen nicht den Mindeststandard bei Mathematik (alle oberen Zahlen siehe S. 11, Kurzbericht)
- Der Zusammenhang zwischen schlechteren Leistungen und sozialer Herkunft wird größer: „Zwischen den Jahren 2016 und 2021 haben sich die sozialen Disparitäten in allen untersuchten Fächern und Kompetenzbereichen signifikant verstärkt. Auch im längerfristigen Trend zwischen den Jahren 2011 und 2021 ist die Kopplung zwischen den Kompetenzen der Schüler:innen und dem sozioökonomischen Status ihrer Familien signifikant enger geworden.“ (S. 14, Kurzbericht)
- Quelle: <https://www.iqb.hu-berlin.de/bt/BT2021/Bericht>

Lehrkräftemangel

Wir verweisen auf die Übersicht zur Unterrichtsversorgung des MSB anbei.

Schulbarometer: Belastung von Lehrkräften

Arbeitszeit

- 79 % der Lehrkräfte arbeiten (sehr) häufig am Wochenende
- 60 % der Lehrkräfte geben an, in ihrer freien Zeit (sehr) häufig nicht richtig abschalten zu können
- 18 % der Lehrkräfte arbeiten (sehr) häufig nachts zwischen 22:00 und 06:00 Uhr.
- 13 % der Lehrkräfte planen, ihre Unterrichtsstunden im Schuljahr 2022/23 zu reduzieren.

Gesundheitliche Auswirkungen

- 62 % klagen über Müdigkeit und Erschöpfung
- 33 % klagen über Schlafstörungen
- 26 % klagen über Niedergeschlagenheit

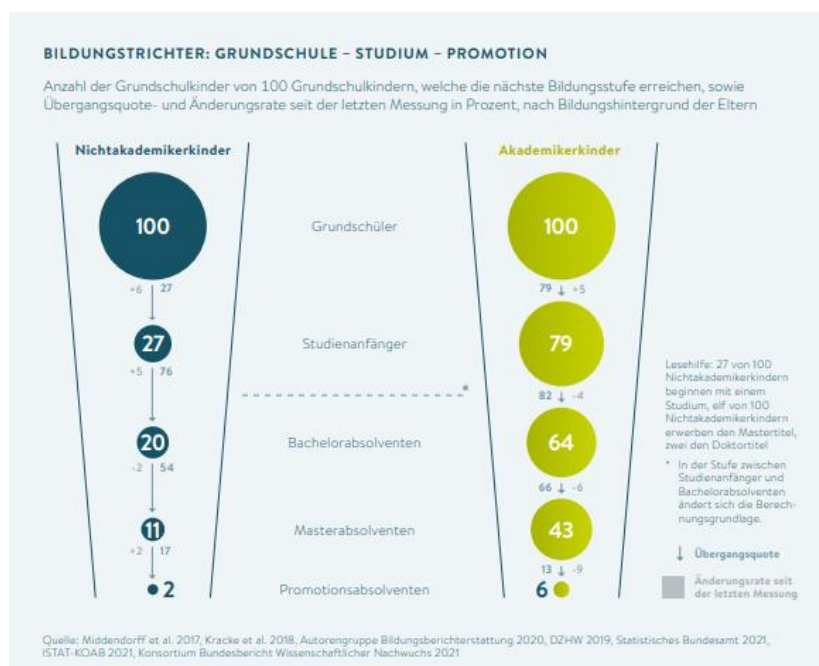
Quelle: <https://deutsches-schulportal.de/unterricht/umfrage-deutsches-schulbarometer/>

Schulabgänger ohne Abschluss

Laut IT.NRW gab es Ende des Schuljahres 2021/22 4.055 Abgänger*innen ohne Abschluss. Das waren 2,3 % aller Schüler*innen. Im Jahr davor waren es 3.770 Abgänger*innen (2,1 %).

Quelle: <https://www.it.nrw/nrw-4-055-schulabgaenger-innen-verliessen-die-schule-ende-2021-ohne-abschluss-107195>

Soziale Ungleichheit: Der Bildungstrichter laut Hochschulbildungsreport 2022

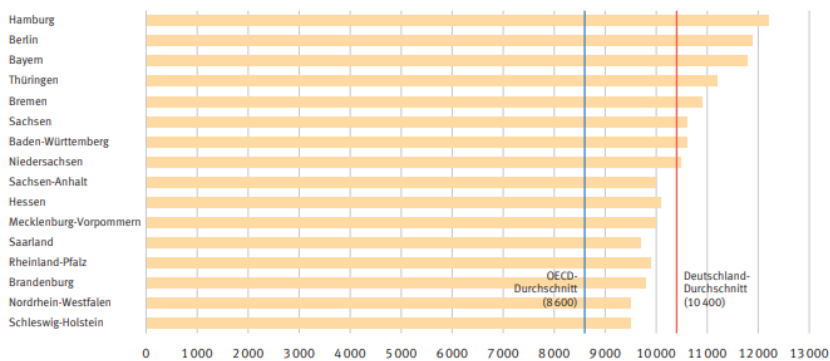


Von 100 Nicht-Akademikerkindern schaffen nur 27 den Sprung an die Universität. Nur 20 schaffen den Bachelorabschluss, nur 11 den Masterabschluss. Bei den Kindern aus Akademikerfamilien schaffen fast 80 Prozent den Weg an die Universität, knapp 65 Prozent schließen den Bachelor ab.

Quelle: https://www.hochschulbildungsreport.de/sites/hsbr/files/hochschul-bildungs-report_abschlussbericht_2022.pdf, S. 13.

NRW weiterhin Schlusslicht: Investitionen im Bund-Länder-Vergleich

Abbildung 5.1.2-1: Ausgaben für alle Bildungseinrichtungen (ISCED 1 bis 8)¹⁾ je Bildungsteilnehmerin und Bildungsteilnehmer 2018 in Euro



1) Ohne Ausgaben, die keiner spezifischen ISCED-Stufe zugeordnet werden können.
Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von Tabelle C1.1 in Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich 2021

- Auch der Bildungsfinanzbericht 2021 von Destatis weist NRW wieder die rote Laterne bei den Investitionen in Bildung aus. Traditionell scheinbar teilen sich Schleswig-Holstein und NRW den letzten Platz.

- Der Abstand von rund 1.000 EUR pro Bildungsteilnehmer*in zum Durchschnitt der Bundesländer bleibt bestehen. NRW kann mithin den Abstand nicht aufholen.

- Quelle: [https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Bildungsfinanzen-Ausbildungsfoerderung/Publikationen/Downloads-Bildungsfinanzen/bildungsfinanzbericht-1023206217004.pdf;jsessionid=3B1B39424602CE0B5A68E201B2D56D9A.live731? blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Bildungsfinanzen-Ausbildungsfoerderung/Publikationen/Downloads-Bildungsfinanzen/bildungsfinanzbericht-1023206217004.pdf;jsessionid=3B1B39424602CE0B5A68E201B2D56D9A.live731?blob=publicationFile) , S. 83

FRÜHKINDLICHE BILDUNG

Belastung von Erzieher*innen

- Erzieher*innen verdienen nicht nur deutlich zu wenig – ihre Belastung ist auch deutlich höher als im Durchschnitt aller anderen Berufsgruppen. Das ergab schon 2018 die Erwerbstätigenbefragung von BiBB / BAuA, dokumentiert in der Beantwortung einer Kleinen Anfrage von Pascal Meiser, MdB und der Beantwortung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BT-Drs. 20/01003). Darin wird u. a. deutlich:
 - o Erzieher*innen arbeiten häufig in Zwangshalterungen (gebückt, hockend, etc.): Mit 35,9 % mehr als doppelt so viel wie andere Berufe (16,1 %)
 - o Sie arbeiten häufig unter Lärm: 54,1 %. Andere Berufe: 28,2 %
 - o Sie betreuen mehrere Arbeiten gleichzeitig: 80,4 %. Andere Berufe 61,8 %
 - o Erleben häufig Situationen die emotional belastend sind: 26,4 Prozent. Andere Berufe: 11,8 Prozent.
- Durch den Personalmangel und Krankheitsfälle verstärkt sich diese Belastung noch.

Fachkräftemangel: Fachkräft radar Bertelsmannstiftung 2021

- In NRW fehlen 2030 erwartbar 62.000 Fachkräfte in der frühkindlichen Bildung.
- Quelle: https://www.laendermonitor.de/fileadmin/files/laendermonitor/fachkraefte_radar/Kita-Fachkraefte-Radar_2021_-_Nordrhein-Westfalen.pdf, S. 13

**Stellenbedarf und Personalausstattung an öffentlichen Schulen
- Nordrhein-Westfalen -**

Stand 1.6.2022										
Schulform	Grund- und Ausgleichsbedarf	Unterrichtsmehrbedarf	Stellenbedarf	Personalausstattung Stellen	Personalausstattungsquote	sonstige Stellen	Summe Stellenbedarf und sonstige Stellen insgesamt	Personalausstattung Stellen	+/- in Stellen	Gesamtquote
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Grundschule	30.631,53	11.932,57	42.564,10	42.608,99	100,11%	2.020,66	44.584,76	42.608,99	-1.975,77	95,57%
Hauptschule	2.946,96	2.097,38	5.044,34	5.409,78	107,24%	363,06	5.407,40	5.409,78	2,38	100,04%
Realschule	9.264,85	2.734,92	11.999,77	12.062,67	100,52%	301,15	12.300,91	12.062,67	-238,24	98,06%
PRIMUS	171,83	83,20	255,03	257,82	101,10%	6,40	261,43	257,82	-3,61	98,62%
Gemeinschaftsschule	7,72	2,74	10,46	15,33	146,53%	1,40	11,86	15,33	3,47	129,24%
Gesamtschule	19.765,24	7.351,94	27.117,17	27.225,94	100,40%	803,58	27.920,75	27.225,94	-694,81	97,51%
Gymnasium	25.754,08	1.767,88	27.521,96	28.591,70	103,89%	2.138,22	29.660,18	28.591,70	-1.068,48	96,40%*
Sekundarschule	3.195,76	1.457,32	4.653,09	4.892,07	105,14%	140,49	4.793,58	4.892,07	98,49	102,05%
Förderschule	10.244,52	3.019,73	13.264,25	12.991,64	97,94%	362,67	13.626,92	12.991,64	-635,28	95,34%
Weiterbildungskolleg	862,29	50,31	912,60	1.031,97	113,08%	11,02	923,62	1.031,97	108,35	111,73%
Berufskolleg	18.434,55	1.850,27	20.284,82	20.663,54	101,87%	344,42	20.629,24	20.663,54	34,30	100,17%
Gesamtergebnis	121.279,34	32.348,26	153.627,59	155.751,46	101,38%	6.493,06	160.120,65	155.751,46	-4.369,20	97,27%

* Diese Quote ist für Gymnasien aufgrund der Systematik der neuen Stellen für Vorgriffseinstellungen nicht aussagekräftig. Die Vorgriffsstellen werden bei den Gymnasien als sonstige Stellen erfasst. Die Personalausstattung wird jedoch bei den Schulformen gebucht, an welche die Lehrkräfte vorübergehend abgeordnet wurden.

Erläuterungen:

- Grund und Ausgleichsbedarf (1):** Stellenbedarf für die Erteilung des Unterrichts im Rahmen der vorgegebenen Stundentafeln
- Unterrichtsmehrbedarf (2):** Stellenbedarf für anerkannte Mehrbedarfe an Schulen (z.B. Stellen für Inklusion, Integration und Ganztags)
- Stellenbedarf (3):** Summe aus Grund und Ausgleichsbedarf (1) und Unterrichtsmehrbedarf (2)
- Personalausstattung (4):** Ausgewiesen wird das an Schulen tätige Personal in Stellen.
- Personalausstattungsquote (5):** Personalausstattung (4) in % gemessen am Stellenbedarf (3)
- Sonstige Stellen (6):** Zusätzliche Stellen i. W. für eine Stellenreserve zur Vermeidung von Unterrichtsausfall und zur individuellen Förderung
- +/- in Stellen (9):** Hier wird ausgewiesen, wie viele Lehrkräfte in der jeweiligen Schulform (in Stellen) derzeit fehlen (-) bzw. nicht fehlen, um den Stellenbedarf unter Einbezug der sonstigen Stellen (7) zu decken.
- Gesamtquote (10):** Personalausstattung (4 und 8) in % gemessen an der Summe aus Stellenbedarf und den sonstigen Stellen (7).

Stellenbedarf und Personalausstattung an öffentlichen Schulen

- BR Arnsberg -

Stand 1.6.2022										
Schulform	Grund- und Ausgleichsbedarf	Unterrichtsmehrbedarf	Stellenbedarf	Personalausstattung Stellen	Personalausstattungsquote	sonstige Stellen	Summe Stellenbedarf und sonstige Stellen insgesamt	Personalausstattung Stellen	+/- in Stellen	Gesamtquote
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Grundschule	6.007,40	2.298,30	8.305,70	8.233,66	99,13%	440,86	8.746,56	8.233,66	-512,91	94,14%
Hauptschule	719,73	566,86	1.286,58	1.379,51	107,22%	77,86	1.364,44	1.379,51	15,07	101,10%
Realschule	2.004,33	556,46	2.560,79	2.567,38	100,26%	71,89	2.632,69	2.567,38	-65,31	97,52%
PRIMUS	33,40	14,93	48,33	48,45	100,24%	1,10	49,43	48,45	-0,98	98,01%
Gemeinschaftsschule	0,00	0,00	0,00	1,20	-	0,00	0,00	1,20	1,20	-
Gesamtschule	3.317,56	1.288,41	4.605,97	4.653,23	101,03%	133,69	4.739,66	4.653,23	-86,43	98,18%
Gymnasium	4.935,81	319,05	5.254,87	5.480,67	104,30%	383,95	5.638,82	5.480,67	-158,15	97,20%*
Sekundarschule	1.012,88	472,05	1.484,93	1.554,23	104,67%	44,63	1.529,56	1.554,23	24,67	101,61%
Förderschule	2.156,84	625,81	2.782,65	2.697,74	96,95%	79,58	2.862,23	2.697,74	-164,49	94,25%
Weiterbildungskolleg	226,85	10,55	237,40	271,20	114,24%	3,40	240,80	271,20	30,40	112,62%
Berufskolleg	3.799,86	459,59	4.259,45	4.343,29	101,97%	69,04	4.328,49	4.343,29	14,80	100,34%
Gesamtergebnis	24.214,67	6.612,00	30.826,67	31.230,54	101,31%	1.306,00	32.132,68	31.230,54	-902,14	97,19%

* Diese Quote ist für Gymnasien aufgrund der Systematik der neuen Stellen für Vorgriffseinstellungen nicht aussagekräftig. Die Vorgriffsstellen werden bei den Gymnasien als sonstige Stellen erfasst. Die Personalausstattung wird jedoch bei den Schulformen gebucht, an welche die Lehrkräfte vorübergehend abgeordnet wurden.

Erläuterungen:

- Grund und Ausgleichsbedarf (1):** Stellenbedarf für die Erteilung des Unterrichts im Rahmen der vorgegebenen Stundentafeln
- Unterrichtsmehrbedarf (2):** Stellenbedarf für anerkannte Mehrbedarfe an Schulen (z.B. Stellen für Inklusion, Integration und Ganztags)
- Stellenbedarf (3):** Summe aus Grund und Ausgleichsbedarf (1) und Unterrichtsmehrbedarf (2)
- Personalausstattung (4):** Ausgewiesen wird das an Schulen tätige Personal in Stellen.
- Personalausstattungsquote (5):** Personalausstattung (4) in % gemessen am Stellenbedarf (3)
- Sonstige Stellen (6):** Zusätzliche Stellen i. W. für eine Stellenreserve zur Vermeidung von Unterrichtsausfall und zur individuellen Förderung
- +/- in Stellen (9):** Hier wird ausgewiesen, wie viele Lehrkräfte in der jeweiligen Schulform (in Stellen) derzeit fehlen (-) bzw. nicht fehlen, um den Stellenbedarf unter Einbezug der sonstigen Stellen (7) zu decken.
- Gesamtquote (10):** Personalausstattung (4 und 8) in % gemessen an der Summe aus Stellenbedarf und den sonstigen Stellen (7).

Stellenbedarf und Personalausstattung an öffentlichen Schulen

- BR Detmold -

Stand 1.6.2022										
Schulform	Grund- und Ausgleichsbedarf	Unterrichtsmehrbedarf	Stellenbedarf	Personalausstattung Stellen	Personalausstattungsquote	sonstige Stellen	Summe Stellenbedarf und sonstige Stellen insgesamt	Personalausstattung Stellen	+/- in Stellen	Gesamtquote
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Grundschule	3.615,06	1.377,54	4.992,60	5.178,52	103,72%	212,51	5.205,11	5.178,52	-26,58	99,49%
Hauptschule	112,91	119,63	232,54	233,05	100,22%	14,52	247,07	233,05	-14,02	94,33%
Realschule	1.296,95	414,08	1.711,04	1.737,90	101,57%	43,81	1.754,84	1.737,90	-16,95	99,03%
PRIMUS	47,58	25,09	72,66	70,09	96,46%	2,20	74,86	70,09	-4,77	93,62%
Gemeinschaftsschule	0,00	0,00	0,00	0,00	-	0,00	0,00	0,00	0,00	-
Gesamtschule	2.441,97	851,86	3.293,82	3.457,92	104,98%	103,56	3.397,38	3.457,92	60,54	101,78%
Gymnasium	2.836,66	170,79	3.007,45	3.106,83	103,30%	241,41	3.248,86	3.106,83	-142,02	95,63%*
Sekundarschule	650,59	293,97	944,56	1.005,46	106,45%	32,91	977,47	1.005,46	27,99	102,86%
Förderschule	970,36	266,14	1.236,49	1.214,91	98,25%	32,11	1.268,60	1.214,91	-53,68	95,77%
Weiterbildungskolleg	186,25	12,59	198,84	208,96	105,09%	2,80	201,64	208,96	7,32	103,63%
Berufskolleg	2.144,95	161,39	2.306,34	2.368,90	102,71%	39,80	2.346,14	2.368,90	22,76	100,97%
Gesamtergebnis	14.303,27	3.693,07	17.996,34	18.582,54	103,26%	725,62	18.721,96	18.582,54	-139,42	99,26%

* Diese Quote ist für Gymnasien aufgrund der Systematik der neuen Stellen für Vorgriffseinstellungen nicht aussagekräftig. Die Vorgriffsstellen werden bei den Gymnasien als sonstige Stellen erfasst. Die Personalausstattung wird jedoch bei den Schulformen gebucht, an welche die Lehrkräfte vorübergehend abgeordnet wurden.

Erläuterungen:

- Grund und Ausgleichsbedarf (1):** Stellenbedarf für die Erteilung des Unterrichts im Rahmen der vorgegebenen Stundentafeln
- Unterrichtsmehrbedarf (2):** Stellenbedarf für anerkannte Mehrbedarfe an Schulen (z.B. Stellen für Inklusion, Integration und Ganztags)
- Stellenbedarf (3):** Summe aus Grund und Ausgleichsbedarf (1) und Unterrichtsmehrbedarf (2)
- Personalausstattung (4):** Ausgewiesen wird das an Schulen tätige Personal in Stellen.
- Personalausstattungsquote (5):** Personalausstattung (4) in % gemessen am Stellenbedarf (3)
- Sonstige Stellen (6):** Zusätzliche Stellen i. W. für eine Stellenreserve zur Vermeidung von Unterrichtsausfall und zur individuellen Förderung
- +/- in Stellen (9):** Hier wird ausgewiesen, wie viele Lehrkräfte in der jeweiligen Schulform (in Stellen) derzeit fehlen (-) bzw. nicht fehlen, um den Stellenbedarf unter Einbezug der sonstigen Stellen (7) zu decken.
- Gesamtquote (10):** Personalausstattung (4 und 8) in % gemessen an der Summe aus Stellenbedarf und den sonstigen Stellen (7).

Stellenbedarf und Personalausstattung an öffentlichen Schulen

- BR Düsseldorf -

Stand 1.6.2022										
Schulform	Grund- und Ausgleichsbedarf	Unterrichtsmehrbedarf	Stellenbedarf	Personalausstattung Stellen	Personalausstattungsquote	sonstige Stellen	Summe Stellenbedarf und sonstige Stellen insgesamt	Personalausstattung Stellen	+/- in Stellen	Gesamtquote
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Grundschule	8.750,85	3.592,66	12.343,51	12.040,47	97,54%	659,40	13.002,91	12.040,47	-962,44	92,60%
Hauptschule	631,19	365,69	996,88	1.132,55	113,61%	92,16	1.089,05	1.132,55	43,50	103,99%
Realschule	2.560,97	769,32	3.330,29	3.265,09	98,04%	70,84	3.401,13	3.265,09	-136,04	96,00%
PRIMUS	22,56	9,63	32,19	33,90	105,30%	0,60	32,79	33,90	1,11	103,38%
Gemeinschaftsschule	0,00	0,00	0,00	0,00	-	0,00	0,00	0,00	0,00	-
Gesamtschule	6.672,39	2.454,62	9.127,01	8.852,93	97,00%	291,20	9.418,21	8.852,93	-565,28	94,00%
Gymnasium	7.720,39	493,29	8.213,68	8.389,06	102,14%	659,85	8.873,53	8.389,06	-484,47	94,54% *
Sekundarschule	416,01	190,65	606,65	627,60	103,45%	19,74	626,39	627,60	1,20	100,19%
Förderschule	3.181,42	932,37	4.113,79	3.854,06	93,69%	105,00	4.218,79	3.854,06	-364,74	91,35%
Weiterbildungskolleg	168,18	8,27	176,46	207,38	117,52%	0,00	176,46	207,38	30,92	117,52%
Berufskolleg	5.203,15	492,29	5.695,45	5.750,01	100,96%	98,24	5.793,68	5.750,01	-43,67	99,25%
Gesamtergebnis	35.327,13	9.308,79	44.635,92	44.153,04	98,92%	1.997,03	46.632,95	44.153,04	-2.479,91	94,68%

* Diese Quote ist für Gymnasien aufgrund der Systematik der neuen Stellen für Vorgriffseinstellungen nicht aussagekräftig. Die Vorgriffsstellen werden bei den Gymnasien als sonstige Stellen erfasst. Die Personalausstattung wird jedoch bei den Schulformen gebucht, an welche die Lehrkräfte vorübergehend abgeordnet wurden.

Erläuterungen:

- Grund und Ausgleichsbedarf (1):** Stellenbedarf für die Erteilung des Unterrichts im Rahmen der vorgegebenen Stundentafeln
- Unterrichtsmehrbedarf (2):** Stellenbedarf für anerkannte Mehrbedarfe an Schulen (z.B. Stellen für Inklusion, Integration und Ganztags)
- Stellenbedarf (3):** Summe aus Grund und Ausgleichsbedarf (1) und Unterrichtsmehrbedarf (2)
- Personalausstattung (4):** Ausgewiesen wird das an Schulen tätige Personal in Stellen.
- Personalausstattungsquote (5):** Personalausstattung (4) in % gemessen am Stellenbedarf (3)
- Sonstige Stellen (6):** Zusätzliche Stellen i. W. für eine Stellenreserve zur Vermeidung von Unterrichtsausfall und zur individuellen Förderung
- +/- in Stellen (9):** Hier wird ausgewiesen, wie viele Lehrkräfte in der jeweiligen Schulform (in Stellen) derzeit fehlen (-) bzw. nicht fehlen, um den Stellenbedarf unter Einbezug der sonstigen Stellen (7) zu decken.
- Gesamtquote (10):** Personalausstattung (4 und 8) in % gemessen an der Summe aus Stellenbedarf und den sonstigen Stellen (7).

Stellenbedarf und Personalausstattung an öffentlichen Schulen

- BR Köln -

Stand 1.6.2022										
Schulform	Grund- und Ausgleichsbedarf	Unterrichtsmehrbedarf	Stellenbedarf	Personalausstattung Stellen	Personalausstattungsquote	sonstige Stellen	Summe Stellenbedarf und sonstige Stellen insgesamt	Personalausstattung Stellen	+/- in Stellen	Gesamtquote
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Grundschule	7.632,10	3.077,59	10.709,69	11.007,31	102,78%	416,81	11.126,50	11.007,31	-119,20	98,93%
Hauptschule	892,11	655,67	1.547,79	1.602,06	103,51%	111,39	1.659,18	1.602,06	-57,12	96,56%
Realschule	2.098,12	643,96	2.742,08	2.778,45	101,33%	76,89	2.818,96	2.778,45	-40,51	98,56%
PRIMUS	33,05	11,79	44,85	46,75	104,24%	0,90	45,75	46,75	1,00	102,19%
Gemeinschaftsschule	0,00	0,00	0,00	0,00	-	0,00	0,00	0,00	0,00	-
Gesamtschule	4.628,54	1.737,37	6.365,91	6.430,19	101,01%	165,45	6.531,35	6.430,19	-101,16	98,45%
Gymnasium	6.796,26	578,08	7.374,34	7.616,63	103,29%	577,15	7.951,49	7.616,63	-334,86	95,79%*
Sekundarschule	447,39	196,87	644,26	659,83	102,42%	18,55	662,81	659,83	-2,98	99,55%
Förderschule	2.666,62	848,02	3.514,64	3.642,04	103,62%	104,62	3.619,27	3.642,04	22,78	100,63%
Weiterbildungskolleg	174,62	11,70	186,32	206,29	110,72%	3,00	189,32	206,29	16,97	108,96%
Berufskolleg	4.241,04	463,16	4.704,21	4.758,46	101,15%	83,79	4.788,00	4.758,46	-29,54	99,38%
Gesamtergebnis	29.609,84	8.224,23	37.834,07	38.748,01	102,42%	1.558,56	39.392,64	38.748,01	-644,63	98,36%

* Diese Quote ist für Gymnasien aufgrund der Systematik der neuen Stellen für Vorgriffseinstellungen nicht aussagekräftig. Die Vorgriffsstellen werden bei den Gymnasien als sonstige Stellen erfasst. Die Personalausstattung wird jedoch bei den Schulformen gebucht, an welche die Lehrkräfte vorübergehend abgeordnet wurden.

Erläuterungen:

- Grund und Ausgleichsbedarf (1):** Stellenbedarf für die Erteilung des Unterrichts im Rahmen der vorgegebenen Stundentafeln
- Unterrichtsmehrbedarf (2):** Stellenbedarf für anerkannte Mehrbedarfe an Schulen (z.B. Stellen für Inklusion, Integration und Ganztags)
- Stellenbedarf (3):** Summe aus Grund und Ausgleichsbedarf (1) und Unterrichtsmehrbedarf (2)
- Personalausstattung (4):** Ausgewiesen wird das an Schulen tätige Personal in Stellen.
- Personalausstattungsquote (5):** Personalausstattung (4) in % gemessen am Stellenbedarf (3)
- Sonstige Stellen (6):** Zusätzliche Stellen i. W. für eine Stellenreserve zur Vermeidung von Unterrichtsausfall und zur individuellen Förderung
- +/- in Stellen (9):** Hier wird ausgewiesen, wie viele Lehrkräfte in der jeweiligen Schulform (in Stellen) derzeit fehlen (-) bzw. nicht fehlen, um den Stellenbedarf unter Einbezug der sonstigen Stellen (7) zu decken.
- Gesamtquote (10):** Personalausstattung (4 und 8) in % gemessen an der Summe aus Stellenbedarf und den sonstigen Stellen (7).

Stellenbedarf und Personalausstattung an öffentlichen Schulen

- BR Münster -

Stand 1.6.2022										
Schulform	Grund- und Ausgleichsbedarf	Unterrichtsmehrbedarf	Stellenbedarf	Personalausstattung Stellen	Personalausstattungsquote	sonstige Stellen	Summe Stellenbedarf und sonstige Stellen insgesamt	Personalausstattung Stellen	+/- in Stellen	Gesamtquote
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Grundschule	4.626,12	1.586,47	6.212,60	6.149,04	98,98%	291,08	6.503,67	6.149,04	-354,64	94,55%
Hauptschule	591,01	389,53	980,54	1.062,62	108,37%	67,12	1.047,66	1.062,62	14,96	101,43%
Realschule	1.304,48	351,10	1.655,57	1.713,85	103,52%	37,71	1.693,29	1.713,85	20,57	101,21%
PRIMUS	35,23	21,76	56,99	58,63	102,88%	1,60	58,59	58,63	0,04	100,07%
Gemeinschaftsschule	7,72	2,74	10,46	14,13	135,04%	1,40	11,86	14,13	2,27	119,10%
Gesamtschule	2.704,78	1.019,69	3.724,47	3.831,68	102,88%	109,68	3.834,16	3.831,68	-2,48	99,94%
Gymnasium	3.464,96	206,66	3.671,63	3.998,51	108,90%	275,85	3.947,48	3.998,51	51,02	101,29%*
Sekundarschule	668,90	303,78	972,69	1.044,95	107,43%	24,66	997,35	1.044,95	47,61	104,77%
Förderschule	1.269,28	347,38	1.616,66	1.582,89	97,91%	41,36	1.658,03	1.582,89	-75,14	95,47%
Weiterbildungskolleg	106,39	7,20	113,59	138,14	121,62%	1,82	115,41	138,14	22,74	119,70%
Berufskolleg	3.045,54	273,85	3.319,38	3.442,89	103,72%	53,55	3.372,93	3.442,89	69,96	102,07%
Gesamtergebnis	17.824,43	4.510,16	22.334,59	23.037,32	103,15%	905,83	23.240,42	23.037,32	-203,10	99,13%

* Diese Quote ist für Gymnasien aufgrund der Systematik der neuen Stellen für Vorgriffseinstellungen nicht aussagekräftig. Die Vorgriffsstellen werden bei den Gymnasien als sonstige Stellen erfasst. Die Personalausstattung wird jedoch bei den Schulformen gebucht, an welche die Lehrkräfte vorübergehend abgeordnet wurden.

Erläuterungen:

- Grund und Ausgleichsbedarf (1):** Stellenbedarf für die Erteilung des Unterrichts im Rahmen der vorgegebenen Stundentafeln
- Unterrichtsmehrbedarf (2):** Stellenbedarf für anerkannte Mehrbedarfe an Schulen (z.B. Stellen für Inklusion, Integration und Ganztags)
- Stellenbedarf (3):** Summe aus Grund und Ausgleichsbedarf (1) und Unterrichtsmehrbedarf (2)
- Personalausstattung (4):** Ausgewiesen wird das an Schulen tätige Personal in Stellen.
- Personalausstattungsquote (5):** Personalausstattung (4) in % gemessen am Stellenbedarf (3)
- Sonstige Stellen (6):** Zusätzliche Stellen i. W. für eine Stellenreserve zur Vermeidung von Unterrichtsausfall und zur individuellen Förderung
- +/- in Stellen (9):** Hier wird ausgewiesen, wie viele Lehrkräfte in der jeweiligen Schulform (in Stellen) derzeit fehlen (-) bzw. nicht fehlen, um den Stellenbedarf unter Einbezug der sonstigen Stellen (7) zu decken.
- Gesamtquote (10):** Personalausstattung (4 und 8) in % gemessen an der Summe aus Stellenbedarf und den sonstigen Stellen (7).

Luft nach oben für gute Bildung

Die erste schwarz-grüne Landesregierung in NRW steht. Die Grundlage dafür bildet der 146 Seiten lange Koalitionsvertrag – von CDU und Bündnis 90/Die Grünen als Zukunftsvertrag angepriesen. Wie sind die Aussichten für Bildung in NRW? Wir haben genau hingeschaut. >>



Inwieweit der Koalitionsvertrag tragen und die Richtung für eine sichere Zukunft des Landes vorgegeben wird, hängt nicht zuletzt vom (Zusammen-)Wirken beider Parteien im Politikalltag ab. Lang ist es nicht her, dass es in Ausschuss- und Plenardebatten zwischen den beiden Koalitionär*innen zum Teil hoch herging. Noch kurz vor der Wahl wurde ein Vorschlag der Grünen von der CDU als „weitere Luftblase Ihrer ideologischen Vorstellungen“ bewertet. Nun wird zusammen regiert. Was ist davon in dem Politikfeld zu halten, in dem es die größten Gestaltungsmöglichkeiten für die Landespolitik gibt – in der Schulpolitik?

Gewerkschaft wirkt

Zunächst wird klar: Gewerkschaft wirkt. Die neue Landesregierung hat die Korrektur der in Teilen verfassungswidrigen Bezahlung der Lehrkräfte zugesagt. Zwar kritisiert die GEW NRW das in Aussicht gestellte Modell mit Zulagen, bewertet es aber als Erfolg, dass die CDU ihre Forderungen nach Hürden für bereits im Dienst befindliche Kolleg*innen fallen lassen musste. Es scheint undenkbar, dass dieses erneute Versprechen erneut gebrochen wird.

Die Bestandsgarantie für Talentschulen ist akzeptabel, wenn zeitgleich eine sozial indizierte Ressourcensteuerung mit Hilfe eines überarbeiteten Sozialindex eingeführt wird und es dann tatsächlich Ressourcen zu verteilen gibt. Die Aussagen zum Ganztags- oder zur gesetzlichen Verankerung der Schulsozialarbeit scheinen eine gute Grundlage zu sein, hier die notwendigen Reformen endlich umzusetzen. Und last but not least: Die pauschale Beihilfe kann die Grundlage einer echten Wahlmöglichkeit für Beamt*innen zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung sein. Diese Beispiele zeigen, dass der Koalitionsvertrag grundlegende Forderungen der Bildungsgewerkschaft

berücksichtigt und wir gute Gründe haben, ihn als geeignete Grundlage für Schul- und Bildungspolitik in NRW zu bewerten. So weit, so gut.

Schwarz-grüne Formelkompromisse

Wie weit der Weg zu einem Koalitionsvertrag gewesen sein muss, verdeutlichen manche schwarz-grünen Formelkompromisse: Lange heftig umstritten und kontrovers diskutiert waren zum Beispiel die Schulstruktur und die Gestaltung des Übergangs am Ende der Grundschulzeit. Und nun in gemeinsamer Regierung? Beide Seiten kriegen etwas, wobei egal zu sein scheint, ob die Kompromisse in sich stimmig sind.

Die Grünen setzen bei der Schulstruktur etwas mehr längeres gemeinsames Lernen durch die dauerhafte schulrechtliche Absicherung der PRIMUS-Schule. Die CDU bekommt die gewünschte „gezielte und nachhaltige Verbesserung in unserem vielfältigen Schulsystem“ durch die Ermöglichung von Hauptschulbildungsgängen ab Klasse 5 an Realschulen. Fast wie die Verbundschule seligen Andenkens. Konsistent ist anders.

Die Grünen woll(t)en eine Kultur des Behaltens, sie kämpf(t)en gegen die Abschulung und für längeres gemeinsames Lernen. Und die CDU? Wer am Ende der Grundschulzeit aus Prinzip sortieren will, muss wenigstens möglichst gut sortieren. Mit der FDP versuchte sich die CDU schon einmal an der Einführung eines Prognoseunterrichts. Zum Glück scheiterte der Plan damals und war natürlich undenkbar für die Grünen. Was steht nun im Koalitionsvertrag? Die Schullaufbahnberatung ab Klasse 4 soll intensiviert und erzwungene Schulformwechsel auf das pädagogisch notwendige Maß reduziert werden. War es etwa bislang anders?

„Gewerkschaft wirkt: Die neue Landesregierung hat die Korrektur der in Teilen verfassungswidrigen Bezahlung der Lehrkräfte zugesagt. Undenkbar, dass dieses erneute Versprechen erneut gebrochen wird!“

Lösungsvorschläge für die großen Fragen fehlen

Sicherlich ist die Gestaltung von Übergängen für viele Familien von entscheidender Bedeutung. Die schul- und bildungspolitisch zentralen Fragen bleiben im sogenannten Zukunftsvertrag jedoch unbeantwortet. Dass die Grünen den Wahlkampfschlager der CDU „10.000 zusätzliche Lehrkräfte“ im Koalitionsvertrag akzeptiert haben, ist schwer erträglich. Wie illusionär dieses Versprechen ist, wird dadurch deutlich, dass es direkt stark relativiert wird. Nicht sofort besetzbare Stellen will die Koalition „temporär durch weitere pädagogische Fachkräfte und unterstützendes Personal besetzen“. Zusätzliche Aufgaben in Hülle und Fülle, falsche Bedarfsprognosen und nichts Konkretes im Koalitionsvertrag zur Bedarfsdeckung. Der Druck in den Schulen und den Kollegien wird leider weiter steigen.

Vermutlich haben nur die größten Optimist*innen daran geglaubt, ein Zukunftsvertrag für NRW enthielte Vorschläge, wie Belastung und Arbeitszeit der Beschäftigten reduziert werden können. Was hat Schwarz-Grün stattdessen zu bieten? Die 41-Stundenwoche für die Beamt*innen bleibt, genauso wie das erneut wiederholte Versprechen, die Lehrer*innen von Bürokratie und Verwaltungsaufgaben zu entlasten und die Notwendigkeit neuer Aufgaben kritisch zu prüfen. Und dann noch dies: „Wir initiieren einen Dialog mit den Verbänden über die Definition der Lehrerarbeitszeit, um sie an die aktuellen Erfordernisse anzupassen.“ Unsere gewerkschaftliche Haltung ist klar: Wir brauchen eine Senkung der Arbeitszeit und der entscheidende Faktor ist die Unterrichtsverpflichtung.

Es erscheint zweifelhaft, ob den Koalitionär*innen der Handlungsdruck bei der Schulfinanzierung bewusst ist. Sieben Zeilen von mehr als siebentausend zum Schulbau, der Infrastruktur und der Schulfinanzierung. Das System der Schulfinanzierung gehört auf den Prüfstand, kommunale Spitzenverbände haben Bereitschaft signalisiert, das System der inneren und äußeren Schulangelegenheiten sowie die Zuständigkeiten der staatlichen Ebenen neu zu justieren. Das geht weit darüber hinaus, wie endlich der weitere Verfall der Infrastruktur gestoppt werden soll. Aber an

„Unsere gewerkschaftliche Haltung ist klar: Wir brauchen eine Senkung der Arbeitszeit und der entscheidende Faktor ist die Unterrichtsverpflichtung.“

keiner Stelle wird die dramatische Unterfinanzierung des Schulsystems augenfälliger als bei den Schulen mit undichten Dächern.

Die Bereitschaft, kreative Lösungen – wie die der Ampel in Berlin – zu finden, um die dramatische Unterfinanzierung öffentlicher Dienstleistungen zu beenden, ist nicht vorhanden. „Wir werden Haushalte ohne neue Schulden aufstellen, wie es die grundlegende schuldenbremse samt Ausnahmen für Naturkatastrophen oder außergewöhnliche Notsituationen als Voraussetzung einer nachhaltigen und generationengerechten Haushaltspolitik vorsieht“, so steht es im Koalitionsvertrag für NRW. Die schuldenbremse jedoch verhindert eine Trendwende in der Bildungspolitik.

Die Trendwende aber ist dringend erforderlich. Die Vorabauswertung des IQB-Bildungstrends 2021 zeigt, dass signifikant weniger Viertklässler*innen in den Fächern Deutsch und Mathematik im Vergleich zu den letzten Erhebungen in den Jahren 2011 und 2016 die Bildungsstandards der Kultusministerkonferenz erreichen. Der Anteil der Kinder, die die Mindeststandards verfehlen, ist teilweise deutlich gestiegen, und die sozialen und zuwanderungsbezogenen Disparitäten haben sich verstärkt. Doch es ist zu kurz gedacht, die Pandemie als alleinige Ursache zu sehen. Auch schon in den früheren Kohorten haben zu viele Kinder nicht die Mindeststandards erreicht. Hier ist dringender Handlungsbedarf angesagt. Wie will die neue Landesregierung hier gegensteuern?

>>

NRW HAT EINE NEUE SCHUL- UND BILDUNGSMINISTERIN

Dorothee Feller ist seit dem 30. Juni 2022 neue Ministerin für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen. Zuvor war sie Regierungspräsidentin von Münster.

Foto: Klaus Altevogt



Bei der Begrüßung durch ihre Mitarbeiter*innen erklärte die neue Ministerin: „Wir wollen unsere Schulen in den kommenden Jahren unterstützen und entlasten, damit sie sich mit voller Kraft um unsere Schülerinnen und Schüler kümmern können. Der Zukunftsvertrag für Nordrhein-Westfalen ist die Grundlage für unsere Arbeit. Erste Pflöcke haben wir eingeschlagen: einen Stufenplan für A13 und 10.000 zusätzliche Lehrkräfte. Die Arbeit beginnt noch heute.“ Gemeinsam mit Ministerin Feller hat der neu ernannte Staatssekretär Dr. Urban Mauer seinen Dienst im Ministerium für Schule und Bildung angetreten.

Auf gute Zusammenarbeit für gute Bildung!

Lange war unklar, wer das Schulministerium besetzen würde. Im Vorfeld gab es Debatten darüber, dass man sich an diesem Politikbereich, der von mächtigen Verbänden bestimmt sei, die Finger verbrennen werde. In einer großen Sonntagszeitung war direkt nach der Vorstellung des neuen Kabinetts zu lesen, Dorothee Feller stünde ein Überlebenskampf bevor und ihr Ressort gelte als ministerieller Feuerstuhl, der bei ihren drei Vorgängerinnen an der Spitze des Hauses zu irreparablen Imageschäden geführt habe. Das sehen wir anders!

Für die GEW NRW gilt: Wir sind an erfolgreicher Regierungspolitik interessiert. Voraussetzung dafür sind eine schnelle Konkretisierung des Koalitionsvertrages und dessen zeitnah zuverlässige Umsetzung sowie eine tatsächliche Dialogbereitschaft und klare Kommunikation. Gute Bildung ist Grundvoraussetzung für den Fortschritt und jegliche Transformation des Industrielandes NRW. Doch die Bedingungen dafür stimmen nicht. Das Bildungssystem ist auf Kante genäht, geprägt von Fachkräfte- und Ruummangel, von flächendeckend nicht gewährleisteter Digitalisierung, von Sanierungs- und Finanzierungsstau einhergehend mit einer immensen Belastung der Beschäftigten.

Nicht zuletzt das Schulbarometer hat aufgezeigt, dass das System Schule am Limit ist und Kolleg*innen auf dem Zahnfleisch gehen, besonders gravierend in NRW. Hier ist die Landesregierung gefragt, mit tragfähigen und nachhaltigen Lösungen für eine sofortige Entlastung des Systems zu sorgen, damit gute Bildung für alle Kinder und Jugendlichen in NRW über das nächste Schuljahr hinaus unabhängig von ihren Startbedingungen ermöglicht wird. Bildungschancen sind schließlich Lebenschancen, deshalb braucht Bildung endlich den notwendigen Stellenwert und eine Verantwortungsgemeinschaft, um die immensen Herausforderungen zu stemmen. Die GEW NRW kennt ihre Verantwortung und wird ihren Beitrag für gute Bildung weiterhin leisten. //

Ayla Çelik

Vorsitzende der GEW NRW